

Vereinbarung

Rheinland-Pfalz für Ausbildung und Fachkräftesicherung

Gute Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Erwerbsleben und für wirtschaftliche und soziale Teilhabe. Sie sind die Grundlage für die zukunftsfähige Entwicklung der Betriebe, für Innovation und wirtschaftliches Wachstum. Junge Menschen in Schule, Betrieb und in weiterführenden Einrichtungen des Bildungssystems auf qualifizierte Berufe vorzubereiten, ist die zentrale Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. In Rheinland-Pfalz wird diese Aufgabe mit dem Ziel einer chancenreichen Zukunft für junge Menschen und einer produktiven Entwicklung der Betriebe und Dienstleistungen angenommen.

Die Partner auf dem Ausbildungsmarkt verständigen sich zum dritten Mal nach 2004 und 2007 auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen. Unternehmen in Rheinland-Pfalz sollen ihren Fachkräftenachwuchs im Land finden, junge Menschen sollen in Rheinland-Pfalz ihren eigenen Weg in Ausbildung und Arbeit gehen können. Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die Betriebe und die Eröffnung von Perspektiven im Berufsleben für Jugendliche sind Schlüsselaspekte der Standortsicherung und -entwicklung. Rheinland-Pfalz soll herausragender Bildungsstandort und wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort bleiben. Zu diesem Ziel tragen die Partner der Vereinbarung in ihrer jeweiligen Verantwortung bei.

Erfolge des Ausbildungspaktes

Die Vereinbarung „Rheinland-Pfalz für Ausbildung“ ist erfolgreich. Die Partner des Ausbildungspaktes haben in den vergangenen Jahren erheblich dazu beigetragen, jungen Menschen den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen aller Paktpartner seit dem Jahr 2004 konnte die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge kontinuierlich gesteigert werden.

- Im Ausbildungsjahr 2007 wurde mit rund 32.000 neuen Ausbildungsverträgen die höchste Zahl an neuen Lehrverträgen seit Anfang der 90er Jahre erzielt.

- Die Entwicklung der neuen Ausbildungsverträge war in den vergangenen fünf Jahren sogar noch besser als die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt.
- Die Ausbildungsquote – die Relation der Auszubildenden im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – liegt in Rheinland-Pfalz über dem Bundesdurchschnitt.
- Trotz der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise gab es in den letzten beiden Jahren jeweils Ende September mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerberinnen und Bewerber.
- Zudem erhielt in den vergangenen Jahren bis zum Abschluss der Nachvermittlung jeder unvermittelte Bewerber ein Angebot zur Ausbildung, einen Platz zur Einstiegsqualifizierung (EQ) oder ein passendes alternatives Angebot. Diese Aktion von Wirtschaftskammern und Agenturen für Arbeit hat in jedem Jahr erheblich dazu beigetragen, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildung oder anderes Qualifizierungsangebot stetig abgenommen hat. Jeweils Ende Dezember waren 2007 noch 1.079 Bewerberinnen und Bewerber unversorgt, 2008 waren es 447, 2009 waren es nur noch 365.
- Die Wirtschaft hat ihre Zusagen bezüglich der Einwerbung von jährlich 2.400 neuen Ausbildungsplätzen, der Akquise von 1.200 neuen Ausbildungsbetrieben sowie 1.600 neuen EQ-Plätzen in jedem Paktjahr deutlich übertroffen.
- Rheinland-Pfalz stand 2007 im Ländervergleich auf Platz 2 bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, im vergangenen Jahr mit Platz 5 im guten vorderen Drittel.

Herausforderungen 2010 – 2013

Der demografische Wandel, die technologische Entwicklung sowie die Entwicklung der Wissens- und Informationsgesellschaft wirken sich auf die Arbeitswelt aus und stellen besondere Anforderungen an die Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Sicherung des Fachkräftebedarfs. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen sechs und achtzehn Jahren wird in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2020 um fast ein Viertel zurückgehen. Dies bedeutet, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den nächsten zwölf Jahren um ca. 120.000 sinken wird.

Schon heute stellt der Fachkräftebedarf die Unternehmen in bestimmten Branchen und bestimmten Regionen vor neue Herausforderungen. Der Rückgang an Schul-

abgängerinnen und Schulabgängern wird dazu führen, dass es für Unternehmen schwieriger wird, den eigenen Fachkräftenachwuchs in ausreichender Weise zu sichern. In Umkehrung der Situation der vergangenen Jahre wird es mehr Ausbildungsstellenangebote als -nachfrage geben. Unternehmen werden neue Ideen entwickeln müssen, um sich als attraktive Arbeitgeber mit interessanten beruflichen Perspektiven für junge Leute zu präsentieren.

Angebot und Nachfrage optimal zusammenbringen. Zugleich müssen sich junge Menschen in ihrer Berufswahl auf neue Arbeitsfelder einlassen, das Spektrum ihrer Möglichkeiten weiter ausloten und in Alternativen denken. Der passende Bewerber oder die passende Bewerberin und der Ausbildungsplatz müssen durch ein optimales Matching zusammengebracht werden. Die einzelnen Aspekte des Ausbildungsmarktes werden weniger unter quantitativen Gesichtspunkten zu sehen sein als vielmehr unter qualitativen: Es geht darum, auf Basis einer fundierten Schulbildung mit einer guten Ausbildung den Einstieg in eine qualifizierte Beschäftigung zu sichern. Der Übergang von der Schule in die Ausbildung ist von besonderer Bedeutung: Möglichst alle Schülerinnen und Schüler sollen einen Schulabschluss schaffen und in eine betriebliche Ausbildung einmünden. Die Paktpartner sind sich einig, dass Übergangsmaßnahmen wie die Berufsfachschulen immer nur gewählt werden sollen, wenn der Direkteinstieg in die Ausbildung nicht möglich war oder auf diese Weise ein höherer Schulabschluss erzielt werden soll.

Um den Fachkräftebedarf künftig zu sichern, ist es der richtige Weg, in jedem jungen Menschen die Fachkraft der Zukunft zu sehen und sein Potenzial zu fördern. Kein Jugendlicher und keine Jugendliche darf verloren gehen.

Arbeitsbegleitendes Lernen. Neben der fundierten Schulbildung und der Erstausbildung wird es künftig stärker darauf ankommen, Kompetenzen in den Betrieben und bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die Partnerinnen und Partner am Ovalen Tisch haben im vergangenen Jahr vereinbart, dass sie die berufsbezogene und betriebliche Weiterbildung in ihre Verhandlungen einbeziehen. Der Rückgang an Fachkräften und der wachsende Anspruch nach Aktualisierung von Wissen erfordern Offenheit und Bewusstsein für lebensbegleitendes Lernen. Qualifikation ist der beste Schutz vor dem Verlust von Arbeit.

Die Bedeutung der berufsbezogenen und betrieblichen Weiterbildung muss stärker im Bewusstsein der Sozialpartner und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Die Qualifizierungs- und Weiterbildungsbeteiligung in den

Betrieben soll signifikant steigen. Dazu wollen die Paktpartner Impulse geben und vereinbaren gemeinsame Vorhaben.

Rheinland-Pfalz ist eines der ersten Länder, in denen sich die Akteure auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt über den Ausbildungspakt hinaus auf gemeinsame Strategien zur Fachkräftesicherung verständigen.

Vereinbarungen 2010 - 2013

1. Gute Vorbereitung auf die Ausbildung

Leistungsfähiges Schulsystem

Die Schulstrukturreform entwickelt sich in Rheinland-Pfalz sehr zügig. Das Angebot an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen konnte erheblich ausgeweitet werden. Schwerpunkte sind längeres gemeinsames Lernen, hoher Praxisbezug und eine verbesserte Durchlässigkeit mit dem Ziel, mehr Schülerinnen und Schüler zu höherwertigen Abschlüssen zu führen. Außerdem wurden die vielfältigen Angebote der Berufsbildenden Schulen weiterentwickelt.

Gestärkt wurden der naturwissenschaftliche Bereich in der Stundentafel, der neue Lehrplan für das Fach Naturwissenschaften in der Orientierungsstufe aller Schularten und die neuen Wahlpflichtfächer in der Realschule plus (Hauswirtschaft und Sozialwesen, Technik und Naturwissenschaften, Wirtschaft und Soziales). Dazu kommt die integrative Umsetzung der Unterrichtsprinzipien: Informatische Bildung, Ökonomische Bildung und Berufsorientierung. Dies wird sich positiv auf die Qualität der Abschlüsse auswirken. Ein Rahmenplanentwurf zum neuen Wahlpflichtfach für die Klassenstufen 6 bis 10 geht im kommenden Schuljahr für alle Realschulen plus in die verbindliche Erprobung.

Für Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten haben, einen Abschluss zu erreichen, wird zurzeit an über 30 Standorten das bewährte Instrument der Arbeitsweltklassen umgesetzt.

Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher haben oftmals geringere Möglichkeiten, ohne weiteres eine Berufsausbildung zu beginnen. Das Projekt „Keine(r) ohne Abschluss“ erprobt an einigen Realschulen plus einen neuen Weg: Schülerinnen

und Schüler ohne Abschluss nach der neunten Klasse haben nun die Möglichkeit, durch zusätzliche Förderung die Berufsreife zu erlangen. So können die Jugendlichen ihre Defizite in einem gewohnten schulischen und sozialen Umfeld aufholen. Das Projekt ist im Schuljahr 2009/2010 an zwei Schulen gestartet. In den kommenden Schuljahren werden weitere Schulen folgen. Innerhalb des Projektes nehmen vor allem die Berufsorientierung und der Praxisbezug einen hohen Stellenwert ein. Die Lehrkräfte verbinden in ihrem Unterricht allgemeinbildende mit berufsorientierenden Inhalten. Gemeinsam mit außerschulischen Kooperationspartnern – Agenturen für Arbeit, Kammern und Unternehmen – erwerben die Schülerinnen und Schüler Qualifikationen, die sie auf die Berufswelt vorbereiten. Auf dem Stundenplan stehen unter anderem Bewerbungstraining und das Einüben guter Umgangsformen. „Keine(r) ohne Abschluss“ bezieht auch die Eltern verstärkt mit ein, zum Beispiel in Form von erweiterten Elternabenden mit Lehrkräften und der Berufsberatung durch die Agenturen für Arbeit mit Unterstützung der Kammern. So können die Eltern ihre Kinder auf dem Weg zu einem erfolgreichen Schulabschluss bestmöglich unterstützen.

Rheinland-Pfalz hat in der Absenkung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt. Zuletzt konnte eine im Ländervergleich niedrige Quote von 6,9 Prozent erreicht werden. Als Erfolg kann auch verbucht werden, dass mehr als die Hälfte dieser Schülerinnen und Schüler im anschließenden Berufsvorbereitungsjahr noch den Abschluss der Berufsreife erreicht.

Die Landesregierung setzt sich das Ziel, die Quote der Jugendlichen eines Jahrgangs, die die Schule ohne den Abschluss der Berufsreife verlassen, bis zum Ende der Paktlaufzeit auf fünf Prozent zu senken.

Verbesserung der Berufsorientierung

Eine gute Ausbildung kann nur gelingen und Motivation auslösen, wenn Vorstellung und Realität bei der Berufswahl möglichst übereinstimmen. Bereits in der Schule soll deutlich werden, welche Relevanz das Erlernte für die Ausbildung und berufliche Praxis hat. Eignung und Neigung der Jugendlichen müssen erkannt werden, ebenso die besonderen Voraussetzungen und Anforderungen des gewählten Berufsbildes.

Mit der „Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit von Schule, Berufsberatung und Wirtschaft im Bereich der Berufswahlvorbereitung und Studien-

orientierung in Rheinland-Pfalz“ von Oktober 2009 haben die beteiligten Institutionen bereits die Grundlage geschaffen, um gemeinsam zielgerichtet Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf zu begleiten. Die Zusammenarbeit der Schulen, der Berufsberatung der Agenturen für Arbeit und der Wirtschaft wurde verbindlich festgelegt.

Mit dieser Rahmenvereinbarung von 2009 wurde in Rheinland-Pfalz die Bedeutung der Berufsorientierung früher als in anderen Ländern als Handlungsfeld aufgegriffen und mit konkreten Vereinbarungen verbunden. Die Partnerinnen und Partner bekräftigen an dieser Stelle die vereinbarten Ziele und Maßnahmen, die in den kommenden drei Jahren umgesetzt werden sollen. Der Ovale Tisch wird sich regelmäßig mit der Evaluierung des Umgesetzten befassen und nachsteuern.

Individuelle Förderung beim Übergang Schule-Beruf

Die Partnerinnen und Partner auf dem Ausbildungsmarkt sind sich einig, dass die betriebliche Ausbildung Vorrang vor anderen Maßnahmen am Übergang von der Schule in den Beruf hat. Die Partner der Unterzeichnung werben aktiv dafür, dass Jugendliche den Weg in die Ausbildung gehen. So wünschenswert höhere Schulabschlüsse sind – sie dürfen nicht der Ausweg sein, wenn eigentlich eine betriebliche Ausbildung gewollt und möglich wäre.

Die Partnerinnen und Partner der Vereinbarung bieten Jugendlichen, die es aufgrund individueller Problemlagen schwerer haben, eine Ausbildungsstelle zu finden, besondere Unterstützung an. Gemeinsames Ziel ist es im Besonderen, junge Menschen mit Migrationshintergrund, Jugendliche ohne, mit unzureichenden oder länger zurückliegenden Schulabschlüssen oder Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen in Ausbildung zu integrieren.

Die Landesregierung unterstützt Jugendliche über individuelle Angebote, zum Beispiel durch die Jugend-Scouts, Job-Füxe oder Fit für den Job. Für einzelne Zielgruppen werden besondere Angebote bereitgehalten. Jugendliche mit Migrationshintergrund erhalten ein gezieltes Mentoring. Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen werden durch Integrationsfachdienste (IFD) intensiv und individuell unterstützt; dies geschieht in enger Kooperation mit den Schulen, den Agenturen für Arbeit, den Kommunen und den Betrieben. Die Agenturen für Arbeit unterstützen Jugendliche mit Behinderung bei der Teilhabe am Arbeitsleben durch berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und bei der außerbetrieblichen Ausbildung.

Die Landesregierung wird, aufbauend auf den Erfahrungen der Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt“, die gezielt in der schwierigen Ausbildungsmarktsituation im Zeitraum der letzten Vereinbarung eingesetzt wurde, ihr Engagement fortentwickeln.

Die Agenturen für Arbeit bieten Berufseinstiegsbegleitung, Aktivierungshilfen und berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen an, in deren Rahmen Jugendliche ohne Schulabschluss auf die Hauptschulabschlussprüfung vorbereitet werden. Jugendliche, die trotz vielfältiger Unterstützung keine betriebliche Ausbildung schaffen würden, können bei einer außerbetrieblichen Ausbildung, die durch die Arbeitsagenturen und die Arbeitsgemeinschaften gefördert werden, einen Ausbildungsabschluss erwerben. Zugleich unterstützen die Agenturen für Arbeit die Bereitschaft der Betriebe, über die Einstiegsqualifizierung auch förderungsbedürftige Jugendliche auszubilden.

Einige der im Landesverband der Freien Berufe organisierten Kammern bieten Vorbereitungskurse an, um schwächere Auszubildende für eine Ausbildung in den jeweiligen Ausbildungsberufen fit zu machen.

2. Ausbildungsangebot und -nachfrage zusammenbringen und Ausbildungsplatzangebot ausschöpfen

Selbstverpflichtung von Wirtschaft und Landesregierung

Jugendliche sollen gezielte Unterstützung beim Kennenlernen der Vielfalt an Ausbildungsberufen erfahren. Seit Jahren ist zu beobachten, dass sich die Wunschberufe junger Menschen oft auf wenige, immer gleiche Berufe konzentrieren. Die Vielzahl möglicher Ausbildungsberufe und die damit verbundenen Chancen sind häufig nicht bekannt. Wenn Jugendliche das Spektrum an Möglichkeiten besser kennen und ihnen Optionen vorgestellt werden, sind sie durchaus zu Kompromissen bereit. Bei der Berufswahl haben auch Eltern einen besonderen Einfluss; sie sollen daher in die Beratung einbezogen sein.

Die Ausbildung von Nachwuchskräften ist für Unternehmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs von entscheidender Bedeutung, da in den nächsten Jahren viele ältere Beschäftigte ausscheiden werden. Der dualen Berufsausbildung kommt bei der Sicherung des Fachkräftenachwuchses eine besondere Bedeutung

zu. Die Wirtschaft verpflichtet sich, ihr Ausbildungsengagement wie in den vergangenen Jahren konstant hoch zu halten und jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatzangebot zu machen oder bei Bedarf eine Beratung oder Qualifizierung anzubieten. Die gemeinsamen Aktivitäten der Paktpartner sollen möglichst vielen Jugendlichen aus allen Begabungsspektren die Chance auf eine Ausbildung eröffnen. Auch künftig sollen Betriebe neu für die Ausbildung gewonnen werden.

Die Wirtschaft setzt sich das Ziel, wie bisher jährlich mindestens 1.200 Betriebe neu für die Ausbildung zu gewinnen, 2.400 neue Ausbildungsplätze einzuwerben und weiterhin in jedem Jahr mindestens 1.600 neue Plätze für Einstiegsqualifizierungen für bis zum 30. September unvermittelte und bedingt ausbildungsfähige Jugendliche anzubieten.

Die Landesregierung will die Zahl ihrer Ausbildungsplätze auf dem bisherigen hohen Niveau fortführen und damit ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Sie appelliert in diesem Sinne auch an die öffentlichen Arbeitgeber im Land. Der öffentliche Dienst ist ein attraktiver Arbeitgeber und braucht geeigneten Fachkräftenachwuchs, um seine Dienstleistungen mit hoher Qualität zu erbringen.

Unterstützung für Ausbildungsplatzsuchende und Betriebe

Das in den vergangenen Jahren bewährte Programm „Ausbildungsstellenakquisiteure“ soll in seiner Zielrichtung überprüft werden. Regionaldirektion, Wirtschaftsministerium und Kammern prüfen, wie eine Förderung so gestaltet werden kann, dass das Ziel der passgenauen Vermittlung stärker in den Vordergrund rückt.

Der systematisch ausgebaute Arbeitgeberservice der Arbeitsagenturen wird in Zusammenarbeit mit den Kammern auch künftig intensiv daran arbeiten, für die angebotenen Ausbildungsplätze den Anforderungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber entsprechend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden. Die Agenturen für Arbeit sprechen gezielt auch Arbeitgeber an, die seit längerem nicht mehr oder noch gar nicht ausgebildet haben.

Die bewährte Nachvermittlungskaktion der bis Ende September nicht vermittelten Jugendlichen wird bei ausreichender Nachfrage fortgeführt. Die Nachvermittlungskaktionen setzen eine aktive Mitwirkung der Jugendlichen voraus.

Die Agenturen für Arbeit und die derzeitigen Arbeitsgemeinschaften bieten weiterhin bedarfsgerecht ausbildungsbegleitende Hilfen an. Die Förderung erstreckt sich auch auf Jugendliche, die eine Einstiegsqualifizierung absolvieren. Ausbildungsbegleitende Hilfen werden perspektivisch auch eingesetzt, um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und um Jugendliche auf die Abschlussprüfung vorzubereiten.

Die passgenaue Vermittlung von Jugendlichen wird mit allen vorhandenen Instrumenten unterstützt (Berufsorientierung, persönliche Berufsberatung, Berufswahltests, Kompetenzchecks), um die Berufswünsche mit dem vorhandenen Angebot an freien Ausbildungsstellen, auch über den Bezirk der jeweiligen Agentur für Arbeit hinaus, abzugleichen.

Die Agenturen für Arbeit klären frühzeitig, welche Jugendlichen einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben oder aus anderen Gründen keinen Ausbildungsplatz mehr suchen. Dies wird unterstützt durch den Datenabgleich der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zwischen den Kammern und den Agenturen für Arbeit.

Die Landesregierung unterstützt die Betriebe mit zahlreichen Förderprogrammen bei der Finanzierung von Ausbildung: Dazu gehört das zinsgünstige Darlehen der Investitions- und Strukturbank von bis zu 35.000 Euro für Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen oder den Bestand an Auszubildenden halten. Im Rahmen einer Verbundausbildung ist ein Zuschuss möglich von 2.500 Euro je geschaffenen Ausbildungsplatz für Betriebe möglich, die aufgrund ihres spezialisierten Produktions- und Dienstleistungsprogramms nicht alle Ausbildungsinhalte vermitteln können. Zudem wird die Übernahme von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben mit 2.500 Euro für den übernehmenden Betrieb gefördert.

Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze für Altbewerberinnen und Altbewerber zur Verfügung stellen, können über den Ausbildungsbonus einen Zuschuss der Agenturen für Arbeit erhalten. Auch Auszubildende aus insolventen Betrieben können so bei der Fortsetzung der Ausbildung in einem anderen Betrieb gefördert werden.

Mit gezielten Netzwerkansätzen werden Betriebe ausländischer Inhaberinnen und Inhaber informiert und motiviert, Ausbildungsplätze im dualen System anzubieten. Das Handwerk wirbt mit der derzeitigen Kampagne „Handwerk integriert Migrantinnen und Migranten“ (HIM) besonders um das Interesse von jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

MINT-Kenntnisse stärken

Fast jedes Berufsbild erfordert heute gute Kenntnisse und Wissen in Mathematik und Naturwissenschaften. Darauf hat sich die Schule mit entsprechenden Unterrichtsschwerpunkten eingestellt. Zwölf Gymnasien im Land sind als „mathematisch-naturwissenschaftliche Excellence-Center“ zertifiziert; mehr als 40 Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen haben ein mathematisch-naturwissenschaftliches Profil. Seit 2008 wurde die Pflichtstundenzahl in den Naturwissenschaften in allen Schularten aufgestockt.

Das Interesse der Schülerinnen und Schüler an MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und MINT-Berufen muss zur Sicherung des Fachkräftebedarfs weiter gestärkt und ausgebaut werden. Dies bezieht sich auch auf die Interessenschwerpunkte und die Berufswahl von Mädchen, die zum Beispiel mit Aktionen wie dem Girls' Day für technische und naturwissenschaftliche Berufe gewonnen werden können. Die Landesregierung will gemeinsam mit der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland mit dem Ada-Lovelace-Projekt junge Frauen zum naturwissenschaftlichen Studium anregen.

3. Stärkung der dualen Ausbildung

Die duale Ausbildung ist eine starke Säule der Ausbildung in Rheinland-Pfalz, die auch künftig eine zentrale Bedeutung bei der Fachkräftesicherung haben wird. Die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Rheinland-Pfalz profitiert von den in der betrieblichen Ausbildung gewonnenen und im Betrieb weiterentwickelten Fachkräften. Aus der dualen Ausbildung heraus entstehen attraktive gewerblich-technische Berufe und Dienstleistungsberufe, die die Basis für ein gutes Auskommen und für die persönliche Entwicklung sind. Dazu gehören auch die Berufe in personennahen Dienstleistungen, die auch aufgrund der Demografie an Bedeutung gewinnen.

Die Leistungsfähigkeit der dualen Ausbildung zur Sicherung der Fachkräfte wird dadurch unterstützt, dass die Landesregierung und die Wirtschaft Wege zur Weiterentwicklung ebnen. Das Bildungssystem wird für beruflich Qualifizierte geöffnet, Bildungsbausteine werden anerkannt und die Entwicklung im Unternehmen wird flankiert durch Hochschulangebote. Rheinland-Pfalz ist Vorreiter bei der Durchlässigkeit des Bildungssystems.

Die Öffnung des Bildungssystems in Rheinland-Pfalz durch die Novellierung des Hochschulgesetzes ist die Bestätigung dafür, dass die duale Ausbildung ein gutes Fundament bietet für individuelle Wege der beruflichen Gestaltung. Durchlässigkeit und Aufstiegsmöglichkeit durch ein Bildungssystem ohne Sackgassen sind die entscheidenden Rahmenbedingungen, die Ausgebildete in Rheinland-Pfalz vorfinden.

Lernbausteine ermöglichen neue Wege

Mit der modularen Strukturierung des Bildungsangebotes im berufsbildenden Bereich ermöglicht die Landesregierung das Einbringen von „Lernbausteinen“, die bereits in anderen Bildungsgängen (z.B. Berufsschule) erworben wurden, auf dem Weg zu höherwertigen Abschlüssen. Dadurch kann die Schulverweildauer deutlich verkürzt werden.

Der Unterricht in Lernbausteinen ist ein Beitrag zur individuellen Förderung der Jugendlichen, zur Differenzierung des schulischen Bildungsangebotes und zur Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen. Mit der Einführung des Lernbausteinkonzeptes in Rheinland-Pfalz können Auszubildende entsprechend Ihrer Vorbildung sinnvoller gefördert werden. Die Lernbausteine bereiten Auszubildende mit Hauptschulabschluss gezielt auf den Sekundarabschluss I vor. Schülerinnen und Schüler mit dem qualifizierten Sekundarabschluss I entscheiden, ob sie parallel zur Berufsausbildung am Fachhochschulreifeunterricht teilnehmen. Eine individuelle Schullaufbahnberatung prüft, ob eine Höherqualifizierung parallel zur Berufsausbildung sinnvoll ist.

Alle Berufsschulen haben begonnen, in abschlussbezogenen Lerngruppen zu unterrichten, und verfolgen das Ziel, den Schülerinnen und Schülern ein Unterrichtsangebot zur Verfügung zu stellen, das stärker an ihren individuellen Bedürfnissen ausgerichtet ist.

Entwicklungsmöglichkeit in Berufsbildenden Schulen

Die Berufsbildenden Schulen haben im System der dualen Ausbildung eine besondere Bedeutung. Sie flankieren die betriebliche Ausbildung und arbeiten eng mit den ausbildenden Betrieben zusammen. Sie ermöglichen aber auch Weiterentwicklung für die unterschiedlichsten Voraussetzungen. Die Berufsbildenden

Schulen sind Teil eines leistungsfähigen Schulsystems, das auf Offenheit, individuelle Entwicklungsmöglichkeit und Durchlässigkeit zielt.

Die duale Berufsoberschule ermöglicht eine berufsbegleitende Höherqualifizierung zur Fachhochschulreife und damit eine neue Perspektive für qualifizierte Berufstätige. Zudem steht die duale Berufsoberschule Jugendlichen offen, die ergänzend zum ausbildungsbegleitenden Fachhochschulreifeunterricht die Fachhochschulreifequalifikation erwerben wollen.

Die Berufsoberschule II, die zur fachgebundenen und allgemeinen Hochschulreife führt, eröffnet beruflich qualifizierten jungen Menschen die Möglichkeit, über eine Berufsausbildung die Hochschulreife zu erlangen. Damit ist innerhalb des beruflichen Bildungssystems die volle Durchlässigkeit gewährleistet.

Die Schulsozialarbeit wurde an der Berufsbildenden Schule in Rheinland-Pfalz erheblich ausgebaut, um die Zahl der Ausbildungsabbrecher zu verringern. Über das bereits flächendeckende Angebot an Schulsozialarbeit in allen Berufsvorbereitungsjahren hinaus unterstützt Schulsozialarbeit auch Schülerinnen und Schüler der Berufsfachschule I und der Berufsschule Teilzeit.

Rheinland-Pfalz hat an elf Berufsbildenden Schulen mit einer ganzheitlichen Schulentwicklung begonnen. Die Schulen haben mehr Eigenverantwortung, beispielsweise bei der Personalbewirtschaftung, mit positiven Effekten auf die Qualität des Bildungs- und Erziehungsprozesses. Die Budgetierung ermöglicht den Schulen, Mittel anzusparen, um sie für eine systematische Personalentwicklung und somit zur Sicherung der Unterrichtsqualität zu nutzen.

Die Landesregierung wird – auch angesichts des bundesweit angespannten Lehrerarbeitsmarktes – alle Anstrengungen unternehmen, um die Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen, besonders im Kernaufgabenbereich duale Berufsschule, deutlich zu verbessern.

Öffnung der Hochschule für beruflich Qualifizierte

Rheinland-Pfalz nimmt bei der Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte eine Vorreiterrolle ein. Das neue Hochschulgesetz wird die Zugangsmöglichkeiten zum Hochschulstudium weiter vereinfachen. Die Partner der Vereinbarung verpflichten sich, gezielt auf die neuen Studienmöglichkeiten hinzuweisen und beruflich Qualifizierten den Weg zur Weiterqualifizierung durch ein Hochschulstudium zu eröffnen.

Die Landesregierung setzt sich darüber hinaus für den Ausbau dualer Studiengänge ein und verfolgt diese Zielsetzung mit den Kammern und der Landesvereinigung der Unternehmerverbände durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Landeskommision für duale Studiengänge. Die Partnerinnen und Partner der gemeinsamen Vereinbarung sind sich darin einig, dass die Beteiligung von Unternehmen an dualen Studiengängen ausgebaut werden soll, da sie ein wichtiges Instrument der Personalentwicklung darstellt. Interessenten sollen durch eine gemeinsame engagierte Öffentlichkeitsarbeit gewonnen werden. Die Partner der Vereinbarung informieren ihre Mitgliedsbetriebe und -unternehmen über Qualität, Chancen und Vorteile der dualen Studiengänge und werben für eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen.

Die Paktpartner streben mehr Durchlässigkeit zwischen den Systemen der hochschulischen und beruflichen Fortbildung an, um Anschlüsse zwischen beiden Systemen sicherzustellen und erworbene Kompetenzen aus einem Bildungssystem in einem anderen anerkennen bzw. anrechnen zu lassen. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe sollen sinnvolle Studiengänge an (Fach-) Hochschulen und dazu passende bzw. verwandte berufliche Fortbildungsabschlüsse identifiziert werden, um – gegenseitige – Anrechnungsmöglichkeiten von erworbenen Kompetenzen zu prüfen und festzuschreiben.

4. Ausbau der berufsbezogenen und betrieblichen Weiterbildung

Die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz steht in direktem Zusammenhang mit dem Wissen und dem Können der Beschäftigten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Verantwortlichen in den Unternehmen werden zur wichtigsten Ressource der Betriebe. Der Erhalt und die Entwicklung der Kompetenzen der Beschäftigten, unabhängig von ihrer Position in einem Betrieb, haben damit wesentliche Bedeutung.

Die Partner der Vereinbarung streben deshalb eine intensivere Zusammenarbeit an, um eine differenzierte, flächendeckende und unterschiedliche Bedarfe berücksichtigende Strategie der berufsbezogenen und betrieblichen Weiterbildung für Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Die berufsbezogene, betriebliche Weiterbildung in Rheinland-Pfalz zeichnet sich durch ein umfassendes, flächendeckendes und bedarfsorientiertes Angebot privater und staatlicher Bildungsträger aus. Dabei ist eine stärkere Verzahnung der Angebote der Bildungsträger erforderlich.

Die Partner der Vereinbarung stimmen überein, dass das berufliche Qualifizierungssystem darauf auszurichten ist, dass nach Abschlüssen Anschlüsse zur Weiterqualifizierung gegeben sind. Die berufliche Weiterbildung sollte sich bei der Aufstiegs- und der Anpassungsfortbildung an den Anforderungen des lebensbegleitenden Lernens ausrichten: Modulare Weiterbildungsangebote sind so zu konzipieren, dass sie eine lebensphasenorientierte Teilnahme und damit individuelle Schwerpunktsetzung ermöglichen. Dies ist bereits in den Bildungsgängen der modular organisierten Fachschule umgesetzt. Zudem sind die beruflichen Fortbildungsangebote auf Basis des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bereits mit aufeinander aufbauenden Fortbildungsebenen ausnahmslos handlungsorientiert an dem Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet worden. Kompetenzen können so grundsätzlich gegenseitig anerkannt werden.

Die Landesregierung unterstützt kleine und mittlere Unternehmen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Identifikation des Weiterbildungsbedarfs und bei der Wahrnehmung von Qualifizierungsangeboten. Mit dem QualiScheck werden 50 Prozent der Kosten für eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme bis zu maximal 500 Euro pro Person und Jahr gefördert.

Um Fragen der Personalentwicklung und des Weiterbildungsbedarfs zu klären, unterstützt die Landesregierung projektbezogen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Unternehmensleitung. Zudem besteht mit dem „Kompetenzzentrum zukunftsfähige Arbeit“, das bei der Handwerkskammer Rheinhessen angesiedelt ist, ein Beratungsangebot für die rheinland-pfälzischen Unternehmen, das sie in ihrer Personalstrategie unterstützt.

Im Rahmen von Kurzarbeit werden die Betriebe beraten, die Möglichkeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit stärker zu nutzen.

Die Förderung im Rahmen des Meister-BAFöG sieht Zuschüsse zu Unterhalt und Aufstiegsmaßnahmen vor sowie zur Finanzierung von Prüfungsstücken im Rahmen der beruflichen Fortbildung auf Grundlage des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes.

Im Rahmen des Sonderprogramms WeGebAU (Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen) beraten die Agenturen für Arbeit weiterhin kleine und mittlere Unternehmen bei der Qualifizierung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und zu entsprechenden Fördermöglichkeiten.

Die Agenturen für Arbeit beraten Betriebe, die von Kurzarbeit betroffen sind, über Qualifizierungsmöglichkeiten während der Kurzarbeit und über Förderangebote.

Um mehr Transparenz bei den Angeboten zur berufsbezogenen Weiterbildung zu ermöglichen, wird die Landesregierung in enger Abstimmung mit den Trägern und Wirtschaftskammern ein Kommunikationsangebot entwickeln.

Die Partner der Vereinbarung wollen prüfen, welche Voraussetzungen erforderlich sind, um regionale Netzwerke und Kooperationen bei der beruflichen und betriebsbezogenen Weiterbildung zu ermöglichen.

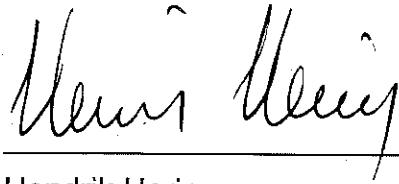
5. Nachhalten der Vereinbarungen

Der Ovale Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung, an dem neben den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern dieser Vereinbarung auch die Gewerkschaften teilnehmen, ist das zentrale Gremium in Rheinland-Pfalz, in dem konkrete gemeinsame Verabredungen für die Verbesserung der Ausbildungssituation getroffen werden. Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ovalen Tisches unter Leitung von Ministerpräsident Kurt Beck sind der Wirtschaftsminister, die Bildungsministerin und die Arbeits- und Sozialministerin, Vertreter der Arbeitsgemeinschaften der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Freien Berufe, der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz und der Landwirtschaftskammer, Vertreter der Gewerkschaften und die Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit.

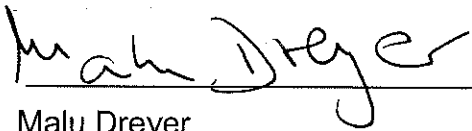
Im Rahmen der regelmäßigen Zusammenkünfte werden die Zwischenergebnisse der Programme und Maßnahmen evaluiert und analysiert und erforderliche Aktivitäten eingeleitet. Zum Ende jedes Ausbildungsjahres wird eine Bilanz gezogen und mit den Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Ovalen Tisches erörtert.



Ministerpräsident Kurt Beck



Hendrik Hering
Minister für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau



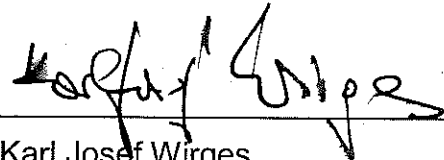
Malu Dreyer
Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Familie und Frauen




Michael Ebling
Staatssekretär im Ministerium für
Bildung, Wissenschaft, Jugend
und Kultur



Peter Adrian
Präsident der Arbeitsgemeinschaft
der Industrie- und Handelskammern
Rheinland-Pfalz



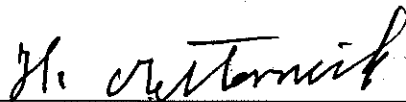
Karl Josef Wirges
Präsident der Arbeitsgemeinschaft
der Handwerkskammern
Rheinland-Pfalz



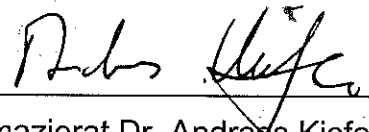
Jürgen Haßdenteufel
Geschäftsführer Grundsicherung
Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-
Saarland der Bundesagentur für Arbeit



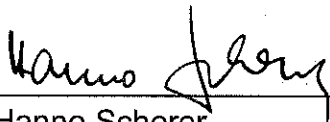
Dr. Gerhard F. Braun
Präsident der Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz



Heribert Metternich
1. Vizepräsident der Landwirtschafts-
Kammer Rheinland-Pfalz



Pharmazierat Dr. Andreas Kiefer
1. Vizepräsident des Landesver-
bandes der Freien Berufe



Dr. Hanno Scherer
Hauptgeschäftsführer des Einzelhandels-
verbandes Rheinland-Pfalz

Mainz, 20. Mai 2010